

Müller fordert SPD zu Verhandlungen über Schulreform auf

Saarbrücken. Auch zwei Tage, nachdem die Linke ihr Ja zur Schulreform verkündet hat, wird die geplante Verfassungsänderung weiter diskutiert. Ministerpräsident Peter Müller (CDU) sagte am Freitag: „Die Zusammenführung der Erweiterten Realschule und der Gemeinschaftsschule ist die richtige und notwendige Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.“ Müller betonte, dass die Gemeinschaftsschule „weder Erweiterte Realschule noch Gesamtschule“ sein werde, „sondern eine eigenständige Schulart“.

Müller forderte auch noch einmal die SPD auf, sich an den Verhandlungen zu beteiligen: „Wer Schulfrieden möchte, wer Schulschließungen vermeiden möchte, muss bereit sein, sich auf diesen Weg zu begeben.“ Das gelte auch für „die saarländischen Sozialdemokraten, die in der Schmollecke sitzen“. Müller warf der Partei von Heiko Maas vor, Fundamentalopposition zu betreiben. Zugleich betonte er: „Die Tür ist weiter offen.“ Am 23. Februar wollen sich die Fraktionen noch einmal treffen, um über den Schulkompromiss zu beraten.

Der Ministerpräsident grenzte das geplante Modell auch noch einmal von dem der Linken ab. „Die Linken wollen die Abschaffung des Gymnasiums, die Linken wollen die Abschaffung des Sitzbleibens, die Linken wollen keine Differenzierung, die Linken wollen vollständige Inklusion. Alles dieses wird in der Gemeinschaftsschule nicht stattfinden“, sagte der Parteichef.

Oskar Lafontaine habe zwei Dinge miteinander verknüpft, die nichts miteinander zu tun hätten: Die Frage des Unterrichtsausfalls und die Frage der Schulstruktur. Der Unterrichtsausfall soll durch eine verstärkte Lehrerfeuerwehr bekämpft werden. Dafür will die Regierung freiwerdende Stellen einsetzen, die bei zurückgehenden Schülerzahlen entstehen. *pg*

Wochenschau



Guido Peters

Keine Freude über neue Freunde

Ehrlich, diese Woche hatte es in sich. Bildungspolitisch gesehen. Die Linken können sich mit der Gemeinschaftsschule anfreunden, dank Kesslers Rechenkünsten mit Lehrerstellen. Lafontaine hilft dem Projekt über die Verfassungshürde – der abschließende Bildungsgipfel am kommenden Mittwoch dürfte nur noch pro forma sein. Jetzt kann sogar Peter Müller diese Reform abhaken, die er noch vor dem Stabwechsel über die politische Bühne bringen wollte. Doch über die Unterstützung von links will keine rechte Freude aufkommen. Die Gemeinschaftsschule der Jamaikaner habe nichts mit der Einheitsschule der Linken gemein, bringt es Müller auf den Punkt. Derweil macht sich bei Lehrerverbänden Kritik breit. Sie äußern Zweifel am pädagogischen Konzept der neuen Schulform. Mag sein, gut gebrüllt, doch frei von Eigeninteressen ist dieses Aufmucken nicht.

Den Unterschied zwischen „gut gemeint“ und „gut gemacht“ musste am Donnerstag die Landtags-Linke erfahren. Sie wollte eine Änderung des Vergnügungssteuergesetzes auf den Weg bringen. Das Ziel, die Spielsucht einzudämmen und die Kommunen von den höheren Steuersätzen profitieren zu lassen. Weniger vergnüglich dabei war, dass die Vorlage juristisch nicht mehr den Vorgaben der Verfassungsrichter entsprach. Die Fraktionsjuristen werden jetzt nachsitzen müssen . . .

Unsere Woche



Maria Wimmer

Verwirrung um die Gemeinschaftsschule

Jetzt ist die Verwirrung komplett. Monatelang gab es ein politisches Gezerre um das fünfte Grundschuljahr – zuerst sagte die SPD, dann im September auch die Linke nein. „Schulreform vor dem Aus?“ titelte die SZ im Januar.

Nun kommt doch alles anders, oder zumindest ein Teil – in Form der Gemeinschaftsschule. Sie soll die Gesamtschule und die Erweiterte Realschule (ERS) – ebenfalls ein saarländisches Sonder-Konstrukt – ersetzen. Damit gäbe es nur noch zwei Säulen: das Gymnasium und die Gemeinschaftsschule. Sie soll alle Abschlüsse – Hauptschule, mittlere Reife, Fachhochschulreife und Abitur (in neun Jahren) – anbieten. Die beiden Gesamtschulen (GS) im Kreis tun dies bereits – sie bieten in Kooperation miteinander sowie mit zwei Gymnasien eine Oberstufe (Klasse 11 bis 13) an.

Die ERS hingegen bieten Hauptschulabschluss (nach Klasse 9) und mittlere Reife (nach Klasse 10), jedoch keine eigene Oberstufe an, sondern lediglich die Möglichkeit, in die Oberstufe an Kooperationsschulen zu wechseln. Offen ist daher noch, was sich für die ERS unter dem Namen Gemeinschaftsschule ändern wird – denn die meisten bieten den „sanften Weg zum Abitur“ in neun Jahren bereits an und kooperieren mit Gymnasien.

Wenn es an einer Schule nicht genügend Schüler gibt, um eine eigene Oberstufe mit dem entsprechenden Kursangebot zu bilden, müssen die Schulen Verbände bilden, heißt es aus dem Saarbrücker Bildungsministerium. Die Möglichkeit, auch an der Gemeinschaftsschule das Abitur zu erreichen, soll in der saarländischen Verfassung festgeschrieben werden. Außerdem sollen kleinere Schulstandorte erhalten werden, in dem die sogenannte Zügigkeitsvorschrift (es muss mehrere Klassen pro Stufe geben) abgeschafft wird – stattdessen soll die Gesamtschülerzahl über den Erhalt entscheiden. Das Ministerium erhofft sich dadurch, dass Eltern ihre Kinder jetzt eher in der Gemeinschaftsschule im Ort anmelden, statt dem weiter entfernten Gymnasium. Ob die dann aber auch dasselbe Niveau bieten kann wie das Gymnasium, bleibt dahingestellt.